

NACHRICHTEN

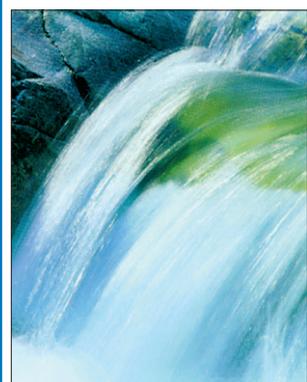
Mehr Badespaß

Seit Ende März ist die neue EU-Badegewässerrichtlinie in Kraft getreten, die jetzt innerhalb von zwei Jahren durch Bund und Länder in nationales Recht umzusetzen ist. Mit der veränderten Regelung soll der gesundheitliche Schutz beim Baden durch aussagekräftigere mikrobiologische Parameter weiter verbessert werden. Neu ist ebenfalls die Berechnung für die Bewertung der Gewässerqualität und die aktive Mitwirkungspflicht des Badegewässerbetreibers bei der Vermeidung oder Beseitigung von Wasserverschmutzungen.

Aal-Boom

300.000 „Aal-Babys“ mit einem Gewicht von 7 Gramm wurden Anfang Juni in die Havelgewässer ausgesetzt. Um diese Art zu erhalten, sollen in diesem Jahr insgesamt rund 2,5 Millionen Jungaale im brandenburgischen Flusseinzugsgebiet der Elbe ihr „Fischleben“ beginnen. Das vom Agrar- und Umweltministerium entwickelte und koordinierte Pilotprojekt wird von der EU gefördert. Unterstützt wird das Vorhaben durch 36 Fischereibetriebe und den Landesanglerverband. Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch das Institut für Binnenfischerei Potsdam Sacrow.

GEWUSST?



Das Trinkwasser für die öffentliche Versorgung kommt in Deutschland zu 65 % aus dem Grundwasser, zu 26 % aus dem Oberflächenwasser und zu 9 % aus Quellwasser.

WASSERWEISHEIT

„Denen, die Brunnen bauen und Wasserwerke einrichten, wird ewige Seligkeit im Paradies zugesagt.“

Heilige indische Schriften

Warum Fördermittel in Brandenburgs Wasserwirtschaft gebraucht werden

Daseinsvorsorge und Wirtschaftsbezug

2007 beginnt die nächste Periode für den Einsatz von Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem wichtigsten Instrument der EU-Wirtschaftsförderung. Mit welchen Zuwendungen dabei die Wasserwirtschaft in Brandenburg rechnen kann, erläutert in einem Gespräch Prof. Dr. Hartmut Niesche, Abteilungsleiter Wasser- und Bodenschutz im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz.

Brandenburgs Wasserwirtschaft ist auf einem guten Weg. Zwei Kennzahlen verdeutlichen diesen Aufschwung: 99 % der Einwohner des Bundeslandes erhalten ihr Trinkwasser über das Netz und bei der zentralen Abwasserableitung wurde ein Anschlussgrad von 80 % erreicht. Zu dieser vorzeigenswerten Bilanz trugen auch wesentlich vom Umweltministerium ausgereichte Fördermittel bei (siehe Kasten).

Doch diese erfolgreiche Entwicklung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch künftig für die Erhaltung und Anpassung der Infrastruktur und

Fördermittel-Bilanz

1990–2005: insges.	1.196 Mio. EUR
davon Abwasser	949 Mio. EUR
Trinkwasser	246 Mio. EUR
2000–2006:	155 Mio. EUR
Schwerpunkt: Abwasserbereich	
2007–2013: geplant	100 Mio. EUR
Schwerpunkt: Trinkwassersektor	

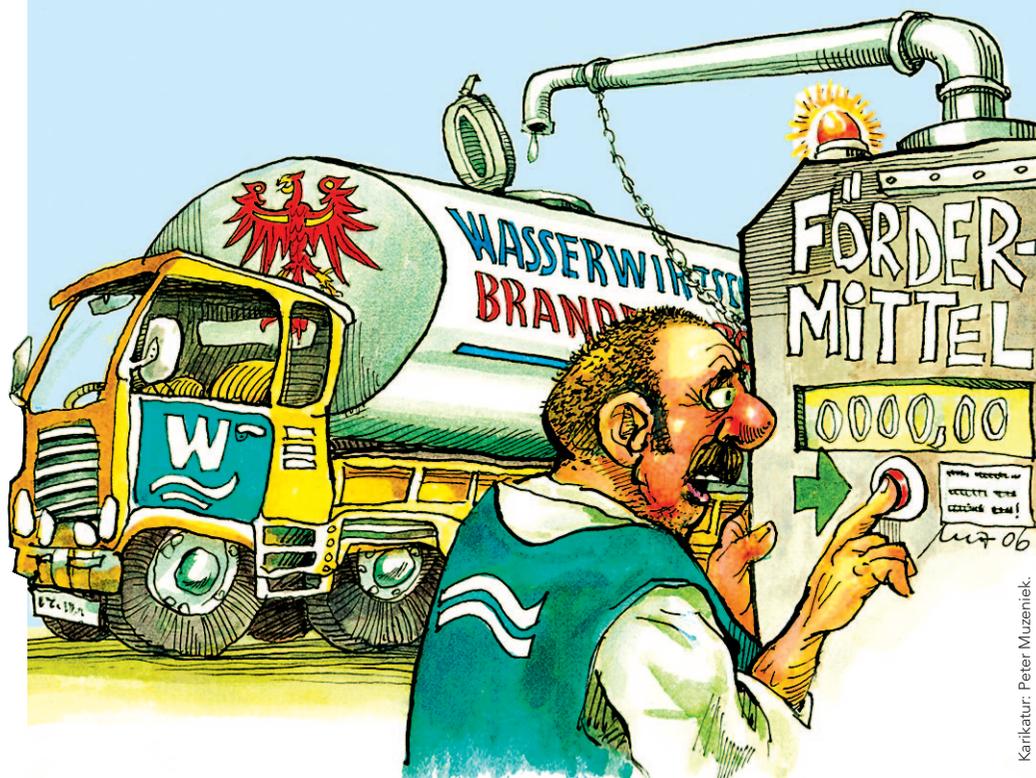
die Aufgaben in der kommunalen Daseinsvorsorge die Wasserwirtschaft nicht auf Fördermittel verzichten kann. „Nach unseren Unterlagen haben wir kurz- und mittelfristig in Brandenburg einen Sanierungsbedarf von 1,5 Mrd.

Euro“, betont Prof. Niesche. Dem stehen laut bisherigen Planungen für die Zeit 2007 bis 2013 Fördermittel von ca. 100 Mio. Euro gegenüber, jeweils 14 bis 15 Mio. Euro für die einzelnen Jahre. Dabei werden sich die Schwerpunkte vom Abwasserbereich auf den Trinkwassersektor verschieben. Zwei Kriterien – so die bisherigen Überlegungen im Umweltministerium – werden für die Bewilligung der Anträge stärker als bisher der Gradmesser sein.

Zum einen geht es um die zuverlässige und qualitätsgerechte Versorgung der Bürger mit Trinkwasser als Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. „Diesem Anspruch wollen wir landesweit gerecht werden, egal ob nun im ‚Speckgürtel‘ um Berlin oder in der dünn besiedelten Prignitz“, bekräftigt Prof. Niesche. Keine leicht zu machende Sache, denn die demografische Entwicklung in den ländlichen Regionen erweist sich auch für die Wasserwirtschaft als äußerst problematisch. „Wir überlegen deshalb, ob nicht u. U. in solchen ‚Wegzugsgebieten‘ verstärkt Fördermittel des Landes auch für Um- und Rückbau eingesetzt werden sollten, um die Trinkwassergüte und damit die Lebensqualität für die Bürger wie bisher zu gewährleisten“, wirft Prof. Niesche in die Debatte.

Zum anderen muss mit dem Miteinsatz für das jeweilige Vorhaben die Infrastruktur aufgewertet und die Wirtschaftsentwicklung „befördert“ werden, um damit letztlich die Arbeitsmarktsituation in dem jeweiligen Verbandsgebiet zu stabilisieren bzw. zu verbessern. Dieser „Wirtschaftsbezug“ wird besonders beim Einsatz von EFRE Fördermitteln zu erbringen sein.

Nur ein Alptraum: versiegender Fördermittel-Quellen in Brandenburg.



Karikatur: Peter Muzeniak

GASTKOMMENTAR von Dipl.-Ing. Henner Haferkorn, Vorstandsvorsteher des WSE*

Unverzichtbar

Der gute Ruf von Fördermitteln ist in Brandenburg durch gescheiterte Großprojekte wie die Chipfabrik in Frankfurt (Oder) oder Cargolifter etwas ins Zwielicht geraten. Dabei wird oft übersehen, dass überall dort, wo es um die Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge geht, diese Vorhaben planmäßig und in hoher Qualität umgesetzt werden. Damit wird zur Entwicklung einer modernen Infrastruktur beigetragen und die Bürger profitieren durch moderate Entgelte ebenfalls davon.

Für einen solchen Umgang mit Fördermitteln stellt die Wasserwirtschaft in unserem Bundesland ein

exzellentes Beispiel dar. Unsere Branche ist besonders „investitionsintensiv“. Hinzu kam noch die besondere Situation nach der Wende in den neuen Bundesländern, wo in kürzester Zeit große Teile der Leitungsnetze und viele Anlagen im Trink- und

Abwasserbereich neu gebaut werden mussten. Ohne die Gewährung von Fördermitteln wäre diese riesige Aufgabe von den Wasserversorgern nie in diesem Umfang und Tempo zu leisten gewesen. Auch in Zukunft ist die brandenburgische Wasserwirt-



schaft auf Fördermittel angewiesen, wenn die Entgelte stabil und bezahlbar bleiben sollen. Die angedachte Fördermittelreduzierung für den Zeitraum 2007 bis 2013 stellt die Aufgabenträger vor

große Herausforderungen. Aus meiner Sicht ist es deshalb zwingend notwendig, die weniger werdenden Mittel in Förderschwerpunkten der Trinkwasserdaseinsvorsorge und des Umweltschutzes einzusetzen. Hier sehe ich z. B. die Notwendigkeit, die

Rekonstruktion und den Neubau von Wasserwerken, Brunnen, Leitungen und die Kosten zum Schutz des Grundwassers genauso zu fördern wie die zum Teil dringend erforderlichen Sanierungen von alten Kanälen und Pumpwerken.

Die Belange der Daseinsvorsorge und des Umweltschutzes stellen ein hohes Gut des Allgemeinwohls dar. Hierfür sind in den nächsten Jahren noch zahlreiche kostenintensive Investitionen notwendig, die von den Verbänden und ihren Bürgern allein nicht zu stemmen sind. Deshalb sind auch in Zukunft Fördermittel unverzichtbar.

*Wasserverband Strausberg-Erkner